

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Posten 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Posten 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoff, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube,
Invalidenten. Berlin: Bernh. Ernst, Max Gersmann,
Eberfeld: W. Thiem, Halle a. S.: J. L. Voss & Co.,
Hamburg: W. Hoffmann, In Berlin, Hamburg und Frank-
furt a. M.: H. G. Gieseler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Zur Invalidenversicherung.

Die Beiträge zur Invalidenversicherung werden bekanntlich nach Lohnklassen bemessen, in welche die Versicherten nach der Höhe ihres Jahresarbeitsverdienstes eingereiht werden. Dabei kommt es aber nicht auf den wirklichen Jahresarbeitsverdienst an; vielmehr sind beständig festgesetzte Durchschnittslöhne der einzelnen Kategorien der Versicherten für die Einreihung in die Lohnklassen maßgebend. Nach der Höhe der durchschnittlichen Lohnklassen sind vier Lohnklassen gebildet, Klasse I bis 350 Mark einschließlich, Klasse II von mehr als 350 Mark bis 550 Mark, Klasse III von mehr als 550 Mark bis 850 Mark, und Klasse IV von mehr als 850 Mark. Der Entwurf eines Invalidenversicherungsgesetzes fügt eine Klasse V für diejenigen Versicherten hinzu, deren Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 1150 Mark übersteigt. Es wird hierdurch hochgelohnten Arbeitern und Betriebsbeamten ermöglicht, gegen Entrichtung höherer Beiträge eine ihren Verhältnissen entsprechende höhere Rente zu erwerben. Die aus den gesetzlichen Bestimmungen sich ergebende Lohnklasse soll nun aber schon gegenwärtig nur den Mindestbetrag ergeben, welcher für den einzelnen Arbeiter bei der Versicherung zu Grunde gelegt werden muß. Im Falle eines Einverständnisses zwischen dem Arbeitgeber und dem Versicherten können Marken auch für jede höhere Lohnklasse verwendet werden; der höhere Beitrag muß dann aber ebenso wie der Beitrag in der an sich maßgebenden niedrigeren Lohnklasse von Arbeitgeber und dem Versicherten zur Hälfte getragen werden. Die hieraus sich ergebende Mehrbelastung des Arbeitgebers hat in manchen Fällen das Zustandekommen der Vereinbarung und dadurch die für den Versicherten wünschenswerte höhere Versicherung gehindert. Die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz sieht deshalb, indem sie gleichzeitig die Befugnis zur Höherversicherung in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise mehr hervorhebt, eine Verringerung infolge der, als sie die Höherversicherung von der Zustimmung und Mitwirkung des Arbeitgebers unabhängig macht. Der Versicherte soll nämlich die Versicherung in einer höheren als der gesetzlich für ihn maßgebenden Lohnklasse stets beantragen können, wenn er die Mehrkosten der Höherversicherung allein tragen will; der Arbeitgeber hat dann also auch im Falle dieser Höherversicherung nur den für den Versicherten gesetzlich maßgebenden niedrigeren Beitrag zur Hälfte zu tragen. Einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Versicherten soll es nur noch dann bedürfen, wenn der Arbeitgeber aus den höheren Beitrag anteilig tragen soll. Bei der freiwilligen Versicherung soll durch die Novelle die bisherige Beschränkung auf die zweite Lohnklasse, ebenso aber auch die Zusatzmarken beseitigt werden, weil beide Einschränkungen sich als nicht zweckmäßig herausgestellt haben. Die freiwillige Versicherung soll fortan in jeder Lohnklasse zu deren gewöhnlichen Sätzen gestattet sein.

Zur Dreyfus-Sache

liegen heute nur spärliche Meldungen vor. Der Kassationshof wird heute Pausen von vier Stunden haben und zwar soll er sich hauptsächlich über die verurteilte Dame und über das „rettende Dokument“ entscheiden. Der Londoner „St. James-Gaz.“ wird aus Paris mitgeteilt, das geheime Aktenstück, das den Offizieren des Kriegsgerichts gezeigt wurde und die Verurteilung Dreyfus' hauptsächlich herbeiführte, sei ein Brief des russischen Militärattachés in Paris, General Fredericks, aus Berlin an die französische Militärbehörde gewesen, belegend, daß ein Verräter im Pariser Nachrichtenbureau sei, der für den Verkauf von Geheimnissen an den deutschen Generalstab verantwortlich sei. Der Verräter sei ein gewisser Dreyfus, Hauptmann der Artillerie. Später habe Fredericks ermittelt, daß er arg getäuscht worden sei. Frau Dreyfus habe einen Brief des Generals, worin er seinen Irrtum freimütig einräumte. Der Brief Fredericks' soll den Kassationshof beeinflussen haben, den Aussagen bei den Vernehmungen der ehemaligen Kriegsminister wenig Bedeutung beizumessen und Dreyfus aufzuheben zu lassen, seine Verteidigung vorzubereiten. Ein Pariser Telegramm meldet: Der Dreyfus-Fall gilt als gelöst; die Entscheidung des Kassationshofes steht bereits fest. Man ist entschlossen, alle Berechnungen aufzugeben. Die Piquart-Sache gestaltet sich dagegen schwieriger; die Generale bestehen auf seiner Verurteilung, aber der Senat ist entschlossen, Piquart zu retten, selbst auf die Gefahr eines Konflikts. Als wichtigste Angelegenheit gilt, daß der Senat nur dann den Amnestieantrag der Kammer annehmen, wenn Piquart in denselben einbezogen wird.

Aus dem Reiche.

Nach den vorläufigen Dispositionen dürfte das Kaiserpaar am Sonntag Vormittag 11 Uhr in Potsdam eintreffen. Der Magistrat von Potsdam hat angeordnet, daß aus Anlaß der Gefeier des Kaiserpaars die städtischen Gebäude am Tage der Ankunft mit Fahnen geschmückt werden, und erucht zugleich die Mitbürger, möglichst allgemein diesem Beispiel zu folgen. — Am 25. d. M. befehlt der General-Major a. D. v. Willeke, Ober-Kriegsrath Ludwig von Maffei den Tag, an dem er vor fünfzig Jahren in die preussische Armee eingetreten ist. — Fürst Herbert Bismarck hat der Bonner Studentenchaft auf Anfrage mitgeteilt, daß über den Tag der Beisetzung von Neufahr keine Bestimmung getroffen werden könne. Die Vertreterversammlung der deutschen Studentenchaft, die über eine Ehrung des Andenkens des Fürsten Bismarck beraten soll, wird am 3. Dezember in Hamburg stattfinden. — Der alt-katholische Gemeinde in Kattowitz hat der Kaiser auf ein am 5. Oktober an ihn gerichtetes Gesuch als Beitrag zum Bau ihrer Kirche ein Engagement von 6000 Mark angewiesen. — Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Breslau behaupteten in der zweiten Abtheilung die Liberalen ihre sieben Mandate. Die Konfessionen erhielten zwei Mandate und müssen

zwei weitere in der Stichwahl gegen die Liberalen verteidigen. — Bezüglich der Beschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten nahm die städtische Handelskammer folgende Beschlüsse des Ausschusses an: 1. Thunische Zusammenlegung der Kirmessen und Schützenfeste; 2. Aufhebung der sog. Früh- und Nachkirmessen im Einverständnis mit den kirchlichen Behörden; 3. Beschränkung der Dauer der Kirmessen auf einen, höchstens zwei Tage. — Die Stadtgemeinde Breslau hat nunmehr anscheinend der Postverwaltung die gewünschte generelle Erlaubnis, Telephondrähte über die städtischen Straßen und Plätze zu spannen, erteilt, denn die Postbehörde nimmt jetzt wieder Neuanlagen von Telephonen vor, die sie ohne eine solche generelle Regelung heranziehen verweigert hatte. — Der Umbau des Bahnhofs zu Eisenach und die Anlage von Unterführungen werden nun bald zur Ausführung kommen, nachdem die preussische Eisenbahndirektion den von dortiger Stadt bewilligten nicht rückzahlbaren Zuschuß von 500 000 Mark unter den gestellten Bedingungen angenommen hat. Der bezügliche Vertrag ist bereits vollzogen. Die noch ausstehende Zustimmung des preussischen Landtags ist um so weniger zweifelhaft, als die in Rede stehenden Bauwerke für die Staatsbahn unbedingt notwendig sind. — In der Zwangsvereinerung erstand die Aufstellungskommission das 1200 Morgen große Rittergut Grubow bei Breslau für 330 000 Mark. — Die Generalversammlung der landwirtschaftlichen Vereine in der Provinz Posen beschloß sich auch mit der Rentenoth. Alle Redner stimmten darin überein, daß der Arbeitermangel entstanden ist, weil die ostpreussische Landwirtschaft während der Zeit von Weihnachten bis Ostern keine einträgliche Beschäftigung gewährt. Als ein Mittel, die Arbeiter auch während dieser Zeit zu beschäftigen, wurde empfohlen, daß Flachs in größerer Menge angebaut und während des Winters von den Güteleuten, den Erfordernissen der Industrie entsprechend, bearbeitet werde. Ein Großgrundbesitzer, der seit fünf Jahren schon auf diese Weise für seine Leute einträgliche Winterarbeit geschafft hat, theilte mit, daß er dadurch den früheren Arbeitermangel auf seinem Gute nahezu beseitigen konnte. Es wurde eine entsprechende Resolution gefaßt.

Deutschland.

Berlin, 22. November. Der Kaiser erhielt, wie aus Messina gemeldet wird, eine Depesche des Königs Humbert, in der dieser seiner Freude über die glückliche Rückkehr des Kaisers von der Orientreise sowie seiner unigen Freundschaft für denselben warmen Ausdruck gab. König Humbert fügte hinzu, daß diese seine Gefühle von keinem ganzen Volke getheilt würden. Kaiser Wilhelm erwiderte in herzlichsten Worten. — Begleitet von dem zur Zeit hier weilenden preussischen Vizekönig von Konstantinopel Excellenz Mahmud Khan und dem hiesigen preussischen Gesandten Excellenz Mirza Rhesa Khan tratete der hier zur Feier der zweiten Hochzeit des Sohns von Persien Prinz Malik Manjur Mirza inognito dem Könige von Sachsen in Dresden seinen Besuch ab. Der Prinz, der fast völlig wiederhergestellt ist und dessen Gesundheitszustand sich täglich fühlbar bessert, wurde nebst Gefolge zur königlichen Tafel geladen und hatte die Ehre, die Königin von Sachsen zu Tisch zu führen. Der Prinz hatte rechts an der Seite der Königin, links an der Seite des Königs Excellenz Mirza Rhesa Khan Platz genommen, auch nahm der sächsische Minister des Auswärtigen Herr v. Miesch an der Tafel theil. Abends waren der Prinz und Gefolge zur Soiree beim sächsischen Finanzminister Herrn v. Wagdorf geladen. Das gewinnende Wesen des Prinzen, sein vorzügliches Französisch, dessen er sich in der Unterhaltung bedient, erregte das Königspaar und die Hofgesellschaft. Den Damen mußte er sein Facsimile geben, das er in galanter Weise, durch irgend einen sinnigen Grund oder dergleichen in persischer und französischer Sprache geschildert, freundlich gewährte. Die Kunst- und Wissenschaftsinstitute Dresdens wie die Steinbrüche Pirnas besichtigte der Prinz mit großem Interesse, ebenso interessirte ihn ungemein die landwirtschaftlichen Institute und der Prinz beabsichtigt, auf seine Kosten einige in der Landwirtschaft tüchtige, erfahrene Familien, Steinbrucharbeiter, wie eine bewährte Kapazität im Fabrikwesen als Direktor mit nach Persien zu nehmen. — Das Etatsjahr 1897-98 schließt für das Reich nach einer officiellen Meldung mit einem Ueberschuß von 25 375 431 Mark ab. — Die „Nat.-lib. Kor.“ schreibt: „So wenig bisher endgültige Beschlüsse über die Einbringung der Militärvorlage im Reichstag gefaßt sind, so wenig sind Währungsfragen begründet, es seien Maßnahmen getroffen, welche die Ausführung einzelner Bestimmungen der Vorlage den Beschlüssen der gesetzgebenden Faktoren vorweg nehmen.“

Auch die Landwirtschaftskammer der Provinz Schleswig-Polen hat sich in einem motivirten Beschlusse vom 14. November d. J. dem Vorgehen der sächsischen Landwirtschaftskammer nach Vereinfachung der Wasserwirtschaft bei dem Landwirtschaftsministerium angeschlossen. Der Beschlusse ist dem Staatsministerium eingereicht worden. — Zur Diskont-Erhöhung der Reichsbank schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“: Die „D. Tageszeitung“ berührt sich, daß sie die Erhöhung des Diskonts um 6 Prozent vorausgesehen habe, und will dadurch den Unwillen des Reichsbank-Präsidenten erregt haben. Worauf sich diese Behauptung gründet, wissen wir nicht. Die Reichsbankverwaltung hat sich offenbar nicht leichtsinnig geäußert, sondern erst dann zur Diskont-Erhöhung entschlossen, als der bei einem Diskont von 5 1/2 Prozent erwartete Rückgang sich als ungenügend erwies. Auf die jetzige Lage paßt aber das von der „D. Tageszeitung“ wieder mit Vorliebe angewendete Gleichniß von der kurzen Golddecke durchaus nicht. Als am 31. Dezember 1897 und im Februar 1898 der Diskont auf 6 Prozent erhöht wurde, geschah es wegen starken Goldabflusses ins Ausland. Jetzt ist, wie im Zentralbankgesetz des Reichsbank, dem Vorsitzenden ausdrücklich hervorgehoben wurde, Gold nicht dahin abzugeben, sondern nur

in den inneren Verkehr wegen des großen Bedarfs von Industrie, Handel und Landwirtschaft. Bemerkenswerth ist das Zugeständnis der „D. Tageszeitung“, daß die guten „alten Silberthalern“ noch immer einen nützlichen Bestandtheil unserer Währung darstellen. Sonst werden dieselben gewöhnlich von bimetallicischer Seite wegen des geringen Silberwerthes als eine besondere Gefahr bezeichnet, wie dies noch kürzlich in der „D. Tageszeitung“ selbst geschehen ist. — Die Reichskommission für Arbeiterstatistik setzte gestern die Vernehmung der Auskunftspersonen aus dem Gast- und Schankwirtschaftsbetriebe fort. Bei Vernehmung der süddeutschen Verhältnisse wurde festgestellt, daß diese mit den einschlägigen norddeutschen Verhältnissen nicht in Vergleich zu ziehen sind. Nach Erlebung des ersten Punktes der Tagesordnung wird die Sonntagsruhe in der Binnenschifffahrt und Fährerei behandelt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. November. Abgeordnetenhause. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wird die Opposition die Festsitzung abermals auf. Der Abgeordnete Jerny polenist mit den oppositionellen Rednern. Ueber einen Zwischenfall aufgebracht wendet der Minister sich zur Nationalpartei und ruft: „Sie haben über Ihre Pflicht zu urtheilen, da Sie die Ehre Anderer mit Füßen treten, Sie Ehrverderber!“ Die gesamte Opposition bricht in wildes Geschrei und Lachen aus, schlägt mit den Fäusteln auf die Pulte und fordert, daß der Präsident den Minister zur Ordnung rufe. Sie würde dem Minister so lange am Sprechen verhindern. Der Präsident suspendirt die Sitzung. Nach Wiedereröffnung derselben fordert die Opposition, der Minister möge um Verzeihung bitten. Abends erneuert sich die wilden Szenen. Hieraus wird die Sitzung abermals suspendirt. Am 4. Uhr Nachmittags wird die Sitzung wiederum eröffnet. Es wiederholen sich dieselben Ständarten. Die Opposition will den Minister nicht anhehren. Es wird wiederum auf die Pulte geschlagen. Der Präsident suspendirt hierauf nochmals die Sitzung. Als dieselbe um 5 Uhr wieder eröffnet wird, bricht der Tumult von Neuem aus. Horanzky und der Abgeordnete Jerny melden sich gleichzeitig zum Wort, ein ohrenbetäubender Lärm überfällt aber die Stimme des Ministers, dem die Opposition zuruft: hinaus mit ihm! Die Sitzung wird hierauf abermals suspendirt. Bei der Wiedereröffnung um 6 Uhr wiederholen sich dieselben Szenen in verstärktem Maße. Ein Versuch Jerny's, sich Gehör zu verschaffen, wird wieder mit Lärm ausgemittelt. Seitens der Opposition beantwortet und durch andauerndes Getöse vereitelt, während dessen der Präsident ununterbrochen lüthet. Auch die Worte des Vizepräsidenten werden unterbrochen. Die Sitzung auf eine Stunde suspendirt wird. Die Opposition ruft: „Wir werden hier sein.“ Die Sitzung wird um 7 Uhr wieder eröffnet und unter andauerndem Lärm der Opposition um 1/2 Uhr wieder auf eine Stunde suspendirt. Die Minister verlassen unter Gekrüchen der liberalen Partei und Pfeifen der Opposition den Saal. Dieselben Vorgänge wiederholen sich um 8 1/2 Uhr bei Wiedereröffnung der Sitzung, welche wieder auf eine Stunde suspendirt wird.

Frankreich.

Paris, 21. November. Das französische italienische Handelsabkommen ist heute Nachmittag 2 Uhr zwischen dem Grafen Toriello und den technischen Delegirten der beteiligten Minister abgeschlossen worden; der Abschluß des Abkommens wird heute Abend durch Austausch von Briefen zwischen dem Minister des Aeußeren Delaßé und mit dem Grafen Toriello festgestellt werden. — Ein heute Abend ergangener Erlass des Vizepräsidenten ändert die Festsitzung des inneren Tarifs auf Wein analog den Bestimmungen des Gesetzes, das der Deputirtenkammer in Betreff der französischen Zölle auf italienische Weine zugegangen ist. Die Verzollung nach dem Alkoholgrad wird ebenfalls durch die Verzollung nach dem Maaßinhalt und der Festsitzung wird auf 12 Fr. für das Hektoliter festgesetzt für Weine, deren Alkoholgehalt zwölf Grad oder weniger beträgt. Der russische Schriftsteller Nicolson Goldberg sowie der jüngst aus der Schweiz ausgewiesene Buchhändler Germani sind, wie die Blätter melden, wegen ihrer Beziehung zu ausländischen Revolutionären ausgewiesen worden.

Italien.

Rom, 21. November. Deputirtenkammer. In Beantwortung einer Interpellation des Deputirten Ballo über den Zwischenfall von Rabetta erklärte der Minister des Aeußeren Canavaro, es handle sich nicht um eine Rabettafrage, da das Recht Italiens auf dieses Gebiet von Niemand bestritten werde. Es habe in der Nähe von Ras Dumeira eine kleine Grenzübergriffung stattgefunden; die französische und italienische Regierung seien jedoch in Verhandlung getreten und hätten die Angelegenheit in der freundschaftlichen und zufriedenstellenden Weise beigelegt. Italien bleibe wie bisher im Besitz der Küste bis Ras Dumeira und des Gebietes nördlich von diesem Vorgebirge, wogegen der übrige Theil im Süden den Franzosen verbleibe, wie dies seit 1891 vereinbart war. Eine besonders eingehende Kommission werde die Gelegenheit benutzen, um die Grenzen nach dem Hinterlande zu genauer festzulegen, um zu vermeiden, daß die Unzulänglichkeiten sich erneuern. (Beifall.) Ballo erklärte sich darauf befriedigt. In Beantwortung der Interpellationen Santini und de Novellis über den jetzigen Stand der italienisch-kolumbianischen Frage erklärte Canavaro, diese Frage theile sich in zwei Theile, deren einer die Grenzfrage betreffe, die in Karthago eine für Italien vorkommende zufriedenstellende Lösung gefunden habe, und deren andere nach der Absicht der italienischen Schiffe aus den kolumbianischen Gewässern entfallen sei. Damals habe sich in Kolumbien eine Erneuerung der Empfindlichkeit bemerkbar gemacht. Die kolumbianische Regierung habe sich zu Entlassungen und Befreiungen gegen Italien hinrichten lassen und sogar die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abgebrochen. Der gegenwärtige Stand der Dinge sei der, daß Italien in Bogota durch den englischen Ge-

sandten vertreten sei. Indessen hätten die Italiener in Kolumbien hierunter nicht zu leiden, und die mit Italien geschlossenen Verträge würden geachtet. Man möge darauf vertrauen, daß die Zeit das junge, leicht erregbare Volk beruhigen und daß die kolumbianische Regierung bald die direkten freundschaftlichen Beziehungen zu Italien wieder aufnehmen werde. Jedenfalls aber könne Italien, gestützt auf sein gutes Recht, eine ruhig abwartende Stellung einnehmen.

England.

London, 21. November. Glockengeläut der Kirchen von Windsor und Gesehlsalut leiteten heute früh die Feier des Geburtstages der Kaiserin Friedrich ein. Bei der Königin fand Abends zu Ehren des Geburtstages der Kaiserin Friedrich ein Diner auf Schloß Windsor statt, dem Lord Kitchener, der deutsche Botschafter Graf Hagfeldt und der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles beizuhatten.

Asien.

In China ist am 5. Oktober nachstehender Erlass der Kaiserin-Widwe, der sich mit den Beziehungen zu Fremden und Christen beschäftigt und den Behörden deren Schutz zur Pflicht macht, veröffentlicht worden: Ich, die Kaiserin-Widwe (folgen Namen und Titel), erlasse das nachfolgende Edikt. Seitdem das Land dem internationalen Handel geöffnet worden ist, sind Eingeborene und Fremde ohne Unterschied der Nationalität in unparteiischer Weise gleich behandelt worden. Ein Erlass nach dem anderen ist erlassen worden, um die Lokalbehörden überall anzuweisen, die Missionäre bei ihrem Werke zu schützen, und es würde die Pflicht der Notablen und der Literaten aller Provinzen gewesen sein, die Regierung in ihren Bemühungen, Frieden und Eintracht zu erhalten, zu unterstützen und alle Missionäre, die zu uns kommen, mit Wohlwollen zu behandeln. Ich finde indessen, daß in der letzten Zeit das Volk in den verschiedenen Provinzen die Christen bedrückt hat, wie auch, daß verschiedene Fälle, bei denen das Volk und die Christen in der Provinz Szechuan bedrückt waren, bis heute noch nicht erledigt worden sind. Es ist wirklich Grund zur Entrüstung, daß unwissendes Volk Gerüchte in Umlauf setzt und so die Ursache ist, daß Unruhen und Zusammenstöße stattfinden, und daß die Ortsbehörden dieselben nicht durch vorübergehende Beilegung und Ermahnung haben verhindern können. Sie können daher der Anklage der Anfechtung und späterer Bestrafung nicht entgehen. Ich erlasse nun dieses Edikt an die hohen Provinzialbehörden des Reiches, damit sie zitternd meinen Befehlen gehorchen und empfinden die Pflüge beschützen, an denen christliche Kapellen irgend einer Nationalität errichtet worden sind. Alle Missionäre, die sich im Inneren befinden, müssen ordentlich und höflich behandelt werden, und wenn Streitigkeiten zwischen Eingeborenen und Fremden entstehen, soll in jedem Falle Gerechtigkeit geübt werden. Das Volk soll ebenfalls ermahnt werden, mit den Christen in seiner Mitte in Frieden zusammenzuleben. Noch größeres Entgegenkommen muß den Fremden gezeigt werden, die im Inneren reisen und daselbst verweilen. Ich warne daher jetzt alle Beamten, daß, wenn nach dem Erlass dieses Ediktes sich ferner Unzufriedenheit, solche Fragen zu behandeln, zeigen sollte, und Tumulte und Unruhen daraus entstehen, die betreffenden Lokalbeamten sofort aufs strengste bestraft werden, und auch die hohen Provinzialbehörden der Verantwortlichkeit in solchen Angelegenheiten nicht entgehen werden. Daß Niemand in Zukunft sage, daß er nicht gewarnt worden sei!

Amerika.

Washington, 21. November. Das Flottenbauprogramm, das Marine-Sekretär Long dem Kongress vorzulegen beabsichtigt, schlägt vor u. a. folgende Schiffe zu bauen: drei Schlachtschiffe erster Klasse, fünf gepanzerte Kreuzer von der höchsten Fahrgeschwindigkeit und fünf beschlagene und verputzte Kreuzer zweiter Klasse. Diese Fahrzeuge werden 50 000 000 Doll. kosten. Sie sollen innerhalb dreier Jahre vollendet werden. Da der Kongress erst jüngst den Bau von 36 Torpedobooten und Torpedokreuzern angeordnet hat, wird der Marine-Sekretär nicht beantragen, die Zahl dieser Fahrzeuge zu vermehren. Der Effektivebestand der Marine soll von 12 000 auf 17 000 Mann erhöht werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. November. Zu einem Ehrenabend für die Vereinigung unabhängiger Stadterordneten gestaltete sich die gestern vom Komitee für die Wahl unabhängiger Stadterordneten nach dem Saale der Rindow-Walkerei einberufene Wählerversammlung. Bald nach 8 1/2 Uhr war auch das letzte freie Plätzchen im Saal und auf den Emporen besetzt. Der Vorsitzende des Bezirksvereins „Vor dem Berliner Thor“, Herr Oberlehrer Dr. Bornemann eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache und einem sich daran anschließenden doch auf Sr. Majestät den Kaiser, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. Dann sprach Herr Stadterordneter Mallewitsch in etwa einfüßigem Vortrage über „Die Bedeutung der diesjährigen Stadterordnetenwahlen“. Redner erinnerte im Eingang seines Vortrages an das Wort des Kaisers bei der letzten Hofenfeier: „Er befehle den Vertretern der Bürgerchaft ungeheißt durch Parteien Stettin zu immer größerer Bedeutung zu führen“. Die Vereinigung unabhängiger Stadterordneten habe es für ihre Ehrenpflicht gehalten, diesem Kaiserworte nachzugehen. Sie wolle die unzufriedenen politischen Parteien in die Vereinigung einbeziehen und die bevorstehenden Stadterordnetenwahlen einigend beschreiben und nach einem Vortrag des Herrn Dr. Graßmann über die kommunalen Verhältnisse Stettins und weiteren Erörterungen der Herren Dethloff und C. Krause beschlossen, bei den morgen Mittwochs stattfindenden Wahlen der III. Abtheilung die Kandidaten der Vereinigung unabhängiger Stadterordneten zu unterstützen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, auch in diesem Jahre eine Weihnachtsbegehung in der Weise zu veranstalten

für die er und seine Freunde jede Verantwortung ablehnen müßten. (Sehr richtig!) Redner erbielt die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen in der künftigen Gestaltung der Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordneten-Versammlung. Er geht auf die Verhandlungen der Versammlung in den letzten beiden Jahren ein, vergleicht das Vorgehen der Vereinigung unabhängiger Stadterordneten mit dem der früheren Mehrheit und stellt als ersten Grundsatz seiner Freunde hin, auch der Minorität ihr volles Recht werden zu lassen. Diesen Grundsatz habe die Vereinigung unabhängiger Stadterordneten gewissenhaft befolgt, weil sie auch in den Stadtverordneten der Minorität Vertreter der Bürgerchaft erblickt und diesen Vertretern jede Gelegenheit zur Vertretung ihres kommunalen Interesses zu geben verpflichtet sei. (Zustimmung.) Durch dieses unparteiische und gerechte Verhalten seiner Freunde unterschieden sich diese wesentlich und sehr vorteilhaft von der früheren Stadtverordneten-Mehrheit, die ihre Gegner aus allen wichtigen Kommissionen fernhielt oder doch in ganz ungenügender Zahl daran betheiligte. Redner führt für dieses Verhalten der Herren von der „Freien Vereinigung“ mehrere Beispiele an und geht dann über zur Schilderung der wichtigeren Fragen, in denen die Vereinigung unabhängiger Stadterordneten ihre ganze Kraft zur Wahrung der städtischen Interessen eingesetzt habe. Die Ergebnisse dieser Arbeit lägen in der Sparpolitik von Hunderttausenden von Mark, wie die Geschichte des Ankaufs des Gasanfallsgebührens, der Feststellung der Bebauungspläne u. s. w. unübersehbar darthue. (Beifall.) Die Vereinigung unabhängiger Stadterordneten halte eine weise Sparpolitik in der Verwaltung und eine Schonung und damit zugleich Kräftigung unserer Steuerkraft für geboten. Diesem Grundsatz gemäß habe sie sich bemüht, unnötige Ausgaben zu streichen und nur die Steuern zu bewilligen, die für das Gleichgewicht im Etat und für die nöthigen Nachbesserungen erforderlich waren. Trotz lebhaften Widerstands des Magistrats und der Gegner sei ihr dies gelungen, und der Rechnungs-Abschluß für das Jahr 1897/98 habe bewiesen, daß die Vereinigung unabhängiger Stadterordneten auf dem richtigen Wege sei. (Stürmischer Beifall.) Er verweise auf den Inhalt des von seinen Freunden erstatteten Rechnungsbuchs, der alle seine Angaben näher erläutere und gegen den Niemand den Vorwurf der Unrichtigkeit erheben könne. Der Redner schloß hierauf die Haltung der Vereinigung unabhängiger Stadterordneten in den Fragen des Handels, des Gewerbes, der Arbeit u. s. w. und liefert den Beweis, daß seine Freunde nie und nimmer einzelne Bevölkerungsklassen bevorzugt, sondern immer das Gemeinwohl der gesamten Bürgerchaft im Auge gehabt hätten. (Beifall.) Er weist sodann auf die Opfer hin, welche Stettin für seinen Handel bringe, und knüpft daran die Hoffnung, daß diese Ausgaben der ganzen Bevölkerung zu Gute kommen würden. Für das Gewerbe und damit wieder zum Besten der ganzen Stadt sei die Errichtung technischer Schulen angeordnet und durchgeführt worden, für die dem Magistrat und der früheren Stadtverordneten-Mehrheit das rechte Verständnis gemangelt habe. (Beifall.) Redner erklärt, daß seine Freunde ihren bisherigen großen Weg weitergehen und unbedenklich unparteiliche Maßnahmen ergreifen, immer nur das Wohl der Stadt und ihrer Bürgerchaft sich zur Richtschnur dienen lassen würden. (Bravo!) Er habe mit einem Kaiserwort begonnen und wolle mit einem solchen schließen. Er Majestät habe bei der Hofenfeier lobend erwähnt, daß die Stettiner Bürgerchaft in alter pommerischer Starckpflanz die Entwicklung ihrer Stadt beabsichtigt habe. An dieser alten pommerischen Starckpflanz werde es die Vereinigung unabhängiger Stadterordneten niemals fehlen lassen. Aber auch die Bürger selbst sollten diese Starckpflanz beweisen gegenüber allen Versuchen, ihre wahren Freunde zu verdrängen und der guten Sache zu schaden. Dazu gebe die bevorstehende Wahl Veranlassung! Möge sie ausfallen zum Besten unserer Stadt und ihrer Bewohner! (Stürmischer langanhaltender Beifall.) — Nachdem der Vorsitzende dem Redner den Dank der Versammlung ausgesprochen und die letztere sich zum Ausbruch desselben von den Seiten erhoben hatte, empfahl Herr Prof. Dr. Kollich die Kandidatur des Herrn Brauerer'schke's R. Meyer für den 3. Bezirk, des Herrn Rechnungs-Raths Schalk für den 4. Bezirk und des Herrn Lehrers Supply für den 7. Bezirk. Auch seine Ausführungen ernteten lebhaften Zustimmung. — Herr Brauerer'schke's Meyer dankt für das ihm aufs neue bewiesene Vertrauen, auf das er sich nun schon 18 Jahre stütze. Er werde nach wie vor bestraft sein, nach bestem Wissen und Gewissen seine selbstständige Ansicht zur Geltung zu bringen und damit das Wohl der Stadt zu fördern. (Beifall.) — Nachdem noch die Herren Prof. Kollich und Malermeister Klein gesprochen, erhält Herr Mallewitsch das Schlußwort. Er erwidert mit einem Hoch auf die oben genannten Kandidaten, in das die Versammlung freudig einstimmt. Dann wird die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. — In der gestern im C. Rudow'schen Saale abgehaltenen Generalversammlung der Pommerischen Casstrich-Vereinigung wurden die bevorstehenden Stadterordnetenwahlen eingehend besprochen und nach einem Vortrag des Herrn Dr. Graßmann über die kommunalen Verhältnisse Stettins und weiteren Erörterungen der Herren Dethloff und C. Krause beschlossen, bei den morgen Mittwochs stattfindenden Wahlen der III. Abtheilung die Kandidaten der Vereinigung unabhängiger Stadterordneten zu unterstützen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, auch in diesem Jahre eine Weihnachtsbegehung in der Weise zu veranstalten



Die *Blooker'schen* **Cacaotassen**

stehen in **Detail-Geschäften** Käufern von

Blooker's **holländ. Cacao**

bei Entnahme von 2 Pfund zur Verfügung.

Engros-lager: Berlin, N.W. 6. Schiffbauerdamm 16.